



**Effizienzrepublik Deutschland:
Antworten der Parteien
zu effizientem Klimaschutz
in der neuen Legislaturperiode
DENEFF-Wahlprüfsteine**

24. August 2021

In ihren Programmen zur Bundestagswahl 2021 haben alle Parteien Aussagen zu Klimaschutz und Energiewende gemacht. Neben der [Auswertung der Programme](#) im Juni haben wir noch einmal konkreter bei CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke nachgefragt: Was möchten die Parteien, sollten sie an der nächsten Regierung beteiligt sein, für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz tun? Wie wollen sie die Weichen stellen für smarte Gebäude, saubere Unternehmen und ein nachhaltiges, bezahlbares Energiesystem? Das Ergebnis: **Es gibt gemeinsame Klimaschutzprojekte, die von verschiedenen denkbaren Koalitionen unterstützt werden.**

Die meisten Parteien betonen die wichtige Rolle der Energieeffizienz für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung („Green Recovery“). SPD, CDU, Grüne und Linke möchten den gesetzlichen Rahmen für Klimaschutz und Energieeffizienz oder sogar konkreter die Energieeffizienzziele weiterentwickeln. Auch die Reform von Abgaben, Umlagen und Steuern auf Energie ist allen Parteien ein Anliegen: Während CDU/CSU diese „stärker auf den CO₂-Ausstoß ausrichten“ und die FDP „die Lenkungswirkung des CO₂-Preises stärken“ will, legt die SPD den Fokus auf eine „sozial verträgliche“ CO₂-Bepreisung. Die Grünen streben ebenfalls eine Reform an und wollen zudem umweltschädliche Subventionen streichen.

Zu einem Abbau von Barrieren für Energiewendedienstleister, die Bürger/innen und Unternehmen beim Klimaschutz technische und finanzielle Unterstützung aus einer Hand anbieten, bekennen sich am eindeutigsten SPD und FDP, im Grundsatz auch die Linke. Die Grünen möchten die Energieberatung stärken.

Die Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen ist allen Parteien ein Anliegen. CDU/CSU wollen Steueranreize ausbauen, die SPD setzt auf Sozialverträglichkeit und Verstetigung der Förderung, die Grünen wollen die Förderung auf die Sanierung der energetisch schlechtesten Gebäude fokussieren und dabei anspruchsvolle Standards erreichen. Die FDP setzt auch hier auf den europäischen Emissionshandel. Die Rolle der Digitalisierung für die Gebäudeenergieeffizienz wollen insbesondere Union und Grüne stärken, die SPD spricht weitergehend dafür aus, Förderung an nachgewiesene Effizienzergebnisse zu knüpfen.

Auch im Industriebereich bestehen finden sich Gemeinsamkeiten: Eine breitere Einführung von Carbon Contracts for Difference unterstützen SPD und Grüne, die Unionsparteien dabei sogar ausdrücklich für Effizienzmaßnahmen. Eine beschleunigte Abschreibungsmöglichkeit für Klimaschutzinvestitionen wird von CDU/CSU und Grünen unterstützt, von der Linken unter Vorbehalt. Breiten Konsens gibt es bei der Weiterentwicklung von Produktstandards – auch in Richtung Rohstoffeffizienz bzw. Kreislaufwirtschaft. SPD, Grüne und Linke sprechen sich zudem dafür aus, Industrieausnahmen an Effizienzfortschritte zu knüpfen, die FDP begrüßt bereits existierende entsprechende Regelungen.

1. Energieeffizienz: Rolle für eine Green Recovery und verbindliche Energieeffizienzziele

Wahlprüfstein: Deutschland hat jetzt die Chance, Konjunkturerholung und Klimaschutz zu verbinden: Welche Rolle spielt Energieeffizienz für Sie bei einer „Green Recovery“ und sollten die Energieeffizienzziele verbindlich (z. B. im Klimaschutzgesetz oder einem Energieeffizienzgesetz) festgeschrieben werden?

CDU/CSU	„Nachhaltiges Wachstum heißt, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Die Schließung von Stoffkreisläufen sorgt für neue wirtschaftliche Potenziale und schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Mit der damit angestrebten Energieeffizienz wollen CDU und CSU mit Nachdruck daran arbeiten energetische Nachhaltigkeit zu erreichen und wo nötig, den gesetzlichen Rahmen hierfür stärken.“
SPD	„In der Corona-Krise konnten die Investitionen in die Energieeffizienz einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, Arbeitsplätze zu sichern und die Konjunktur zu stabilisieren. Um die wirtschaftliche Entwicklung im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation nachhaltig zu gestalten, sollten die Fördermittel des Bundes, die in der ablaufenden Legislaturperiode vervielfacht wurden, weiter verstetigt werden. Die in der Effizienzstrategie verankerten Effizienzziele und das bestehende Ordnungsrecht werden wir weiterentwickeln und noch stärker an dem Leitprinzip Efficiency First ausrichten.“
Bündnis 90/Die Grünen	„Der Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sind entscheidende Grundbedingungen für die weitere ökologisch-soziale Transformation unserer Wirtschaft. In den vergangenen Jahren konnten zwar einige Effizienzsteigerungen erreicht werden, allerdings sind diese noch nicht ausreichend für das Pariser Klimaziel. Daher sind weitere Anstrengungen notwendig. Das europäische Energieeffizienzziel soll entsprechend des neuen EU-Klimaziels für 2030 gestärkt werden. Außerdem müssen konkrete Energieeffizienzziele grundsätzlich bei allen Maßnahmen zum Voranbringen der Energiewende berücksichtigt und festgehalten werden. Wir GRÜNE fordern beispielsweise höhere Bau- und Sanierungsstandards im Gebäudebereich sowie die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen in Industrie und Mittelstand.“
FDP	„Eine Erholung der Konjunktur und Wirtschaftswachstum sind die Voraussetzungen, damit Klimaschutz überhaupt gelingt. Denn dafür sind erhebliche Investitionen in zum Beispiel neue Erzeugungs- und Industrieanlagen sowie in Infrastrukturen wie Strom- und Wasserstoffnetze notwendig. Gleichzeitig werden wir ohne den effizienten Einsatz von Ressourcen und Energie die ambitionierten Klimaziele nicht erreichen können. Deutsche und europäische Unternehmen sind in diesem Bereich schon heute führend. Die Klimaschutzziele werden die Nachfrage nach Lösungen für mehr Energieeffizienz steigern. Wir möchten diese Chance nutzen, Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zu verbinden, indem wir die richtigen politischen Rahmenbedingungen schaffen. Dabei fehlt es aus unserer Sicht nicht an ambitionierten Zielen. So setzt beispielsweise ein steigender CO ₂ -Preis Anreize für Unternehmen und private Haushalte, fossile Energieträger durch erneuerbare Energien zu ersetzen und systemische Lösungen zu entwickeln. Dies führt auch zu einer Einsparung von Primärenergie. Ein zusätzliches, gesetzliches Energieeffizienzziel für Deutschland ist daher im europäischen Binnenmarkt nicht notwendig.“
Die Linke	„Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien muss Energieeffizienz eine zentrale Rolle beim anstehenden ökologischen Umbau unserer Produktionsweisen einnehmen. Der Energiebedarf in allen Sektoren muss deutlich und dauerhaft verringert werden. Auch bei der Nutzung erneuerbarer Energien ist auf Effizienz zu achten. Deswegen setzen wir uns für verbindliche Energieeffizienzziele ein. Diese sollten besser in einem Energieeffizienzgesetz als im Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden.“

2. Klimamainstreaming: in Gesetzen, Programmen, Energieabgaben, Steuern etc.

Wahlprüfstein: *Damit Investitionen in Klimaschutz Vorfahrt erhalten: unterstützen Sie einen systematischen Prüfprozess, bei dem alle Gesetze, Programme und Beschaffungsvorgaben aber auch energiebezogene Abgaben, Steuern, Umlagen und Subventionen, mit den Klima- und Energiezielen in Einklang gebracht werden?*

CDU/CSU

„Ja, Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden. Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimateffizienzreform wollen CDU und CSU auf das Klimapakett aufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf den CO₂-Ausstoß ausrichten. Wir werden gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zu Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen.“

Hinweis: Frage 2 und 3 wurden im Zusammenhang beantwortet

SPD

„Einen systematischen Prüfprozess, der die Einhaltung der Klimaziele kontinuierlich überwacht, haben wir mit dem Klimaschutzgesetz erfolgreich etabliert. Die Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen von Gesetzesfolgeabschätzungen werden wir weiterentwickeln. Um Investitionen in Klimaschutz und Energieeffizienz auszureizen, braucht es über die ordnungsrechtlichen Vorgaben hinaus auch wirksame finanzielle Anreize. Neben einer Verstärkung der Fördermittel streben wir im Energiebereich daher auch eine umfassende Reform des Abgaben- und Umlagesystems samt vollständiger Abschaffung der EEG-Umlage bis 2025 und sozial verträglicher CO₂-Bepreisung an, um den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger attraktiver zu gestalten.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Ja, wir GRÜNE wollen die Vorgaben des Pariser Klimavertrags im Grundgesetz verankern und für Genehmigungsprozesse eine Klimaverträglichkeitsprüfung einführen. Mit einer CO₂-Bremse machen wir Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzziele messen und ihre Klimawirkung entsprechend prüfen. Die öffentliche Beschaffung wollen wir ökologisch und ressourcenschonend ausrichten. Umweltschädliche Subventionen wollen wir streichen sowie das Steuer- und Abgabensystem reformieren und damit die Energiewende stärken und zum Klimaschutz beitragen.“

FDP

„Wir setzen uns für ein europaweites CO₂-Limit für alle Sektoren durch einen ausgeweiteten europäischen Emissionshandel ein. So können die Klimaschutzziele sicher erreicht werden. Ein steigender CO₂-Preis sorgt dafür, dass Investitionen in klimafreundliche Projekte fließen. Wir wollen die Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie grundlegend reformieren, um die Lenkungswirkung des CO₂-Preis zu stärken. Darüber hinaus setzen wir uns für Subventionsabbau ein, insbesondere, wenn diese das Erreichen der Klimaziele erschweren.“

Die Linke

„Ja, dies unterstützen wir im Grundsatz. Bei der Umsetzung sind aber an einigen Stellen noch Fragen zu beantworten, wie sich dies widerspruchsfrei organisieren lässt. So führt etwa der Trend zur Elektrifizierung tendenziell zu einem höheren Stromverbrauch in einigen Sektoren. Hier wäre also klug so zu differenzieren, damit das Gesamtziel im Auge behalten wird. Darunter verstehen wir insbesondere auch, dass bei der Nutzung erneuerbarer Energien der Effizienzgedanke im Mittelpunkt stehen muss. Vor diesem Hintergrund verbietet sich etwas der Einsatz von Wasserstoff in Pkws oder zur Gebäudewärmeversorgung.“

3. Energiewende-Dienstleistungen: Barrieren beseitigen

Wahlprüfstein: Bürger/innen und Unternehmen brauchen technische und finanzielle Hilfe, um bei der Energiewende in einem vernetzten System mitmachen zu können. Doch Energiedienstleister stehen vielen Barrieren in Gesetzen und Förderprogrammen gegenüber. Unterstützen Sie es, diese konsequent zu beseitigen?

CDU/CSU

„Ja, Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden. Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimatechnologiereform wollen CDU und CSU auf das Klimapaketaufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf den CO₂-Ausstoß ausrichten. Wir werden gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zu Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen.“

Hinweis: Frage 2 und 3 wurden im Zusammenhang beantwortet

SPD

„Da es Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen teilweise an dem notwendigen Expertenwissen oder an den erforderlichen Finanzmitteln fehlt, können Energiedienstleister und Contractoren einen wertvollen Beitrag bei der Umsetzung von Effizienzmaßnahmen und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien leisten. Benachteiligungen von Energiedienstleistern, wie sie zum Beispiel beim Eigenstromprivileg bestehen, wollen wir daher abschaffen.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Wir GRÜNE wollen die Energiewende und die Stärkung der Energieeffizienz möglichst einfach gestalten, so dass alle mitmachen können. Förderprogramme sollen daher leicht zugänglich sein, so dass Fördermittel möglichst schnell und einfach abzurufen sind. Dabei wollen wir die unabhängige Energieberatung stärken z.B. im Gebäudebereich für Energiesparmaßnahmen sowie für die Umrüstung auf erneuerbare Energien.“

FDP

„Wir setzen uns grundsätzlich dafür ein, Bürokratie im Energierecht abzubauen und unnötige Bremsen zu lösen. Denn komplizierte Regeln und eine Vielzahl unterschiedlicher Instrumente verhindern effiziente Lösungen für mehr Klimaschutz und setzen hohe Hürden, damit Unternehmen und private Haushalte an der Energiewende partizipieren können. Energiedienstleister können einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität leisten. Daher sollten Barrieren für Energiedienstleistungen abgebaut werden.“

Die Linke

„Ja, so wie die Energieeffizienz der ungehobene Schatz der Energiewende ist, so ist es auch der Energiedienstleistungsmarkt bei der Energieeffizienzpolitik. Verhindert werden müssen aber Modelle, die Stadtwerke oder Wohnungsgenossenschaften entmündigen und diese verpflichten, teure Dienstleister für Geschäftsfelder in Anspruch zu nehmen, die sie selbst gut und häufig preiswerter anbieten können. Für sonstige Vereinfachungen sind wir offen.“

4. Sanierungswelle: Standards für energetisch schlechteste Gebäude fordern und fördern

Wahlprüfstein: Die energetisch schlechtesten Gebäude müssen zügig wirtschaftlich und sozialverträglich modernisiert werden. Unterstützen Sie die Einführung energetischer Mindeststandards im Gebäudebestand, gepaart mit abgestimmten, ausreichend ausgestatteten und möglichst klimazielkompatiblen Förderprogrammen?

<p>CDU/CSU</p>	<p>„Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu fördern, werden CDU und CSU die KfW-Programme attraktiver gestalten. Hier werden wir die der Förderung zu Grunde liegenden Standards am Bedarf orientieren und anpassen. Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen wir auf vermietete Immobilien und auf Gewerbeimmobilien ausdehnen.“</p>
<p>SPD</p>	<p>„Um die Klimaziele im Gebäudebereich zu erreichen, ist ein ambitioniertes Ordnungsrecht erforderlich. Deshalb werden wir die Überprüfung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) auf 2022 vorziehen und für eine weitergehende Novelle nutzen. Die energetische Ertüchtigung des Gebäudebestandes muss jedoch sozialverträglich gestaltet werden. Dabei orientieren wir uns am Ziel der Warmmieten-Neutralität. Neben einer Verstärkung der Fördermittel werden wir daher gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO₂-Preis von den Vermieter*innen getragen wird. Zugleich werden wir Investitionen in Wärmenetze und Quartierskonzepte staatlich fördern.“</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>„Wir GRÜNE wollen mit einer gezielten Förderung die Sanierung der energetisch „schlechtesten“ Gebäude besonders anreizen, da das besonders viel CO₂ besonders schnell einspart und besonders wirtschaftlich ist. Bei Sanierung wollen wir als Mindeststandard den KfW 55 Effizienzhausstandard festlegen, der auch schrittweise erreicht werden kann, und die Förderung darauf ausrichten. Im Neubau sehen wir als Mindestanforderung das KfW Effizienzhaus 40 vor. Da wo Klima-Modernisierungsmaßnahmen nach diesen neuen, höheren Standards nicht wirtschaftlich sind, müssen sie weiterhin gefördert werden können.“</p>
<p>FDP</p>	<p>„Der Zielkonflikt zwischen bezahlbarem Wohnraum und Klimaschutz kann nur durch Technologieoffenheit und die Innovationskraft der Wirtschaft und Wissenschaft gelingen. Der CO₂-Zertifikathandel entfesselt hierfür den Wettbewerb. Aktuell entwickeln sich die vorgegebenen energetischen Anforderungen jedoch zum Kostentreiber ohne nennenswerten Nutzen für das Klima. Energetische Mindeststandards für den Gebäudebestand würden das Wohnen in Deutschland enorm verteuern. Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen Paradigmenwechsel. Wir wollen den Gebäudesektor in den europäischen Emissionshandel aufzunehmen und dadurch die komplexen Anforderungen an die Energieeffizienz des Gebäudes überflüssig machen.“</p>
<p>Die Linke</p>	<p>„Ja. Wir wollen die Fördermittel im Energie- und Klimafonds für die energetische Gebäudesanierung aufstocken und effizient so einsetzen, dass bei vermieteten Gebäuden weitgehende Warmmietenneutralität erreicht werden kann. Das muss insbesondere in Wohngebieten garantiert werden, in denen Haushalte mit niedrigen Einkommen leben. Leistungslose Mitnahmeeffekte der Vermieterinnen und Vermieter oder der Missbrauch der energetischen Sanierung zu Verdrängung müssen verhindert werden. Dafür sind auch das Mietrecht bzw. das BGB zu reformieren. Wir setzen nicht allein auf Förderpolitik, sondern auch auf zu setzende verbindliche Standards, die zu mehr Sanierungsanlässen führen. Sie sollen in der Umsetzung Flexibilität so erlauben, dass die Sanierungsanlässe möglichst nah an den natürlichen Sanierungszyklen liegen. So können Kosten und Ressourcen eingespart werden.“</p>

5. Digitalisierung nutzen, Gebäudepolitik stärker an Ergebnissen ausrichten

Wahlprüfstein: *Damit Einsparpotenziale vollständig im tatsächlichen Betrieb von Gebäuden erschlossen werden, spielt die Digitalisierung eine Schlüsselrolle. Unterstützen Sie es, Förderung und Ordnungsrecht im Bereich Energieeffizienz verstärkt an nachgewiesenen Ergebnissen auszurichten?*

CDU/CSU

„Zur Effizienzgewinnung setzen CDU und CSU vor allem auf technologische Weiterentwicklung und Innovationen – bei Produkten ebenso wie bei Verfahren. Hierzu gehören Quartiersansätze, die Wärmeeffizienz, der Ausbau und die Modernisierung der Wärme- und Stromnetze, die Digitalisierung und Betriebsoptimierungen ebenso wie der Ausbau von Speicherkapazitäten und energetische Baustandards. Hier wollen wir ein mehr an Energieeffizienz erzielen und entsprechende Anreize setzen.“

SPD

„Mit der Einführung der Bundesförderung für effiziente Gebäude sind Digitalisierungsmaßnahmen zur Verbrauchsoptimierung erstmalig eigenständig förderfähig. Wir unterstützen das Ziel, die Förderung stärker an nachgewiesenen Ergebnissen auszurichten, sofern dies nicht zulasten der Planbarkeit von Investitionen führt.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Das erscheint gerade bezüglich der Förderung eine durchaus sinnvolle Überlegung, die weiter zu betrachten ist. So kann beispielsweise durch ein nachträgliches Einregeln von Anlagentechnik ein Sanierungserfolg vervollständigt werden, da gibt es noch Verbesserungspotentiale. Die Digitalisierung im Baubereich muss auch mit Blick auf mehr Energieeffizienz vorankommen. So können Verbraucher*innen und Eigentümer*innen einfacher feststellen, wie ihr Energieverbrauch bzw. der Gebäudezustand ist, welche Klima-Qualität ihr Gebäude hat, auch nach einer Modernisierung, und welche Schritte sie selbst für mehr Klimaschutz unternehmen können. Durch gute digital unterstützte Regelungstechnik lassen sich Energie und CO2 einsparen.“

FDP

„Wir Freie Demokraten wollen mit der Einbindung des Gebäudesektors in den EU-Emissionshandel (EU-ETS) Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien schaffen und den CO2-Ausstoß durch ein striktes und jährlich sinkendes CO2-Limit zuverlässig einschränken. Wir sind davon überzeugt, dass dadurch zusätzliche ordnungsrechtliche Anforderungen entbehrlich sind da der Erfindergeist, Wettbewerb und Unternehmertum Innovation fördern und Klimaschutz marktwirtschaftlich und wissenschaftlich sicher erreichbar sein wird.“

Die Linke

„Diese Strategie klingt im Grundsatz einleuchtend, darf aber nicht auf Kosten des Verbraucher- und Datenschutzes gehen.“

6. Klimaschutzinvestitionen: Absicherung (CCFD) und beschleunigte Abschreibung

Wahlprüfstein: *Damit Industrie und Mittelstand bis 2050 klimaneutral werden können, sind Anreize für Klimaschutzinvestitionen zentral. Unterstützen Sie Carbon Contracts for Difference für Effizienzmaßnahmen und/oder eine beschleunigte Abschreibungsmöglichkeit für Klimaschutzinvestitionen?*

CDU/CSU	„Ja, wir unterstützen beides, die Carbon Contracts for Difference für Effizienzmaßnahmen und eine beschleunigte Abschreibungsmöglichkeit für Klimaschutzinvestitionen, damit Deutschland bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland wird.“
SPD	„Mit dem Pilotprogramm Carbon Contracts for Difference des Bundesumweltministeriums wird das Instrument der Carbon Contracts for Difference in der Stahl-, Zement-, Kalk- und Ammoniakindustrie erprobt. Eine Ausweitung auf andere Industriezweige und Effizienzmaßnahmen unterstützen wir.“
Bündnis 90/Die Grünen	„Ja, wir GRÜNE wollen Klimaverträge mit Unternehmen abschließen, mit denen wir die Differenz zwischen dem aktuellen CO ₂ -Preis und den tatsächlichen CO ₂ -Vermeidungskosten erstatten, damit sich Klimaschutzinvestitionen sofort rechnen und kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine CO ₂ -Bepreisung verringert werden. Darüber hinaus werden wir direkte Investitionszuschüsse für den Ersatz fossiler Technologien und Verfahren gewähren sowie über degressiven Abschreibungen entsprechende Investitionen in klimaneutrale Verfahren fördern.“
FDP	„Wir Freie Demokraten halten Carbon Contracts for Difference für Effizienzmaßnahmen sowie steuerliche Ausnahmen nur für Klimaschutzinvestitionen für nicht zielführend. Unter dem von uns geforderten sektorübergreifenden Emissionshandel haben solche Subventionen keine zusätzliche Klimaschutzwirkung, reduzieren aber die Anreizwirkung des Marktpreises für Emissionsberechtigungen. Unabhängig davon treten wir für eine generelle Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen ein.“
Die Linke	„Beschleunigte Abschreibungsmöglichkeit für Klimaschutzinvestitionen könnten ein Element des Umbaus sein, allerdings wollen wir verhindern, dass sich zahllose Subventionstatbestände und Förderinstrumente bei Unternehmen übereinanderstapeln, zu Lasten des Staatshaushalts. In vielen Fällen halten wir ordnungspolitische Vorgaben für zielführender. Förderpolitik sollte hier aber - auch um soziale Friktionen zu vermeiden - unterstützend wirken. Unser Ziel lautet allerdings, dass Industrie und Mittelstand bereits bis 2035 klimaneutral produzieren.“

7. Produktstandards weiterentwickeln

Wahlprüfstein: *Der Energie- und Ressourcenverbrauch von Produkten, auch solchen in Industrieanlagen und Maschinen, entscheidet sich bereits maßgeblich bei deren Herstellung: Unterstützen Sie eine Weiterentwicklung der Europäischen Produktstandards (Ökodesign), auch im Sinne der Circular Economy?*

CDU/CSU

„Um Rohstoffkreisläufe zu schließen, brauchen wir die Partnerschaft aller, die an der Kreislaufführung beteiligt sind – vom Produzenten über die VerbraucherInnen und Verbraucher, bis hin zur Entsorgungswirtschaft. CDU und CSU werden Anreize setzen, um abfallarme Produkte zu entwickeln. Ein wichtiger Ansatz ist das Produktdesign, im Sinne von Design for purpose, das die Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen verbessert. Wir werden Innovationen in Sortiertechnologien durch weitere Innovationen anreizen, sodass nutzungsfähige Rezyklate entstehen, die am Markt gegenüber Primärmaterialien bestehen. Dies wollen wir nicht nur national, sondern auch im Kontext des European Green Deal vorantreiben.“

SPD

„Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Ökodesign-Richtlinie und verfolgen damit unter anderem das Ziel, die bestehenden Ökodesign-Vorgaben auf weitere Geräte auszuweiten. Im Sinne einer echten Kreislaufwirtschaft wollen wir neben der Energieeffizienz weitere Kriterien wie die Halt- und Reparierbarkeit, die Recyclingfähigkeit oder den Schadstoffgehalt berücksichtigen.“

Bündnis 90/Die Grünen

„Ja, eine funktionierende Kreislaufwirtschaft bedeutet, dass Produkte möglichst lange verwendet, reparierbar und recycelbar gestaltet werden. Den Weg dorthin weisen wir mit stärkeren Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten und gezielten Förderprogrammen. Bis 2030 wollen wir GRÜNE alle Güter und Materialien, die auf den Markt kommen, zudem mit einem digitalen Produktpass ausstatten, der alle wichtigen Informationen über Design, Reparierbarkeit und Materialien enthält, die wir für die Kreislaufwirtschaft brauchen. Die Recyclingindustrie wird so zur wichtigsten Rohstofflieferantin für den Industriestandort Deutschland. Mit moderner Technik und Know-how steht sie längst in den Startlöchern.“

FDP

„Weitere staatliche Vorgaben für das Produktdesign lehnen wir ab. Wir treten für eine Durchsetzung des herrschenden Rechtsrahmens ein, durch den in erster Linie verhindert wird, dass Schadstoffe und unbehandelte Abfälle in die Umwelt gelangen und Wertstoffkreisläufe so geschlossen werden. Eine Überregulierung der Kreislaufwirtschaft durch zusätzliche Produktstandards widerspricht unseren Vorstellungen vom Verursacherprinzip in der Kreislaufwirtschaft.“

Die Linke

„Ja, selbstverständlich unterstützen wir dies. Die Weiterentwicklung der EU-Ökodesign-Richtlinie und ihre nationale Umsetzung muss integraler Bestandteil der Energieeffizienzpolitik sein.“

8. Industrieausnahmen mit Klimaschutz verbinden

Wahlprüfstein: *Berechtigte Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen machen deren Energieverbrauch günstiger: Sollten solche Privilegien im Gegenzug an Effizienzfortschritte geknüpft werden oder zumindest verhindert werden, dass Klimaschutzinvestitionen zu deren Verlust und damit Fehlanreizen führen?*

CDU/CSU	„Wir werden gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zur Energieeffizienz und CO ₂ -Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen. Zusätzlich wollen wir für bezahlbaren Strom sorgen. Deshalb werden wir die regulatorischen Kosten senken. Mit Blick auf die Wettbewerbssituation unserer Industrie brauchen wir einen wettbewerbsfähigen Industriepreis.“
SPD	„Berechtigte Ausnahmeregelungen und Privilegien für energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb dürfen keine Fehlanreize zulasten der Energieeffizienz setzen. Die Kompensation von CO ₂ -Kosten ist im Rahmen der Carbon Leakage Verordnung deshalb an Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen gebunden. Auch im Bereich des Europäischen Emissionshandels muss ein infolge von Effizienzsteigerungen drohender Verlust von Industrieprivilegien wirksam vermieden werden.“
Bündnis 90/Die Grünen	„Ja, etwaige Ausnahmeregelungen sollten immer mit dem Anreiz verknüpft werden, in effiziente und klimafreundliche Verfahren zu investieren. Zum Schutz vor einer Produktionsverlagerung wollen wir GRÜNE aber grundsätzlich Unternehmen lieber bei klimafreundlichen Investitionen finanziell unterstützen, anstatt weiter großzügig Ausnahmen bei Umlagen und Abgaben zu gewähren.“
FDP	„Wir möchten Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen zum Schutz vor Carbon Leakage fortführen. Diese sind bereits heute an Fortschritte beim Klimaschutz beziehungsweise Energieeffizienz geknüpft (zum Beispiel beim Spitzenausgleich Stromsteuer oder der Besonderen Ausgleichsregelung nach dem EEG), was wir grundsätzlich begrüßen.“
Die Linke	„Ja. DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren permanent für eine Beschränkung der Industrieprivilegien beim Erneuerbare-Energien-Gesetz, beim EU- und nationalen Emissionshandel eingesetzt. Wir unterstützen daher ihre Forderung. Jene Privilegien, die aufgrund drohenden Carbon Leakage berechtigt sein können, müssen mit verbindlichen und im Vollzug kontrollierten Vorgaben zu Effizienzfortschritten verbunden werden.“